

Medieninformation

Sächsische Staatskanzlei

Ihr Ansprechpartner
Ralph Schreiber

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

20.11.2020

Mehrheit der Sachsen halten aktuelle Corona-Schutz- Maßnahmen für angemessen

INSA-Umfrage bestätigt bisherigen Kurs der Sächsischen Staatsregierung

Dresden (20. November 2020) – Die aktuellen Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen werden von den meisten Sachsen in Anbetracht der weiterhin hohen Zahl an Corona-Neuinfektion mitgetragen. Das geht aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage hervor, die INSA-CONSULERE GmbH (INSA) vom 5. November bis 12. November 2020 im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei durchgeführt hat.

»Die Umfrage zeigt, dass die Corona-Schutz-Maßnahmen hohe Akzeptanz in der Bevölkerung finden und sich die übergroße Mehrheit an die Vorgaben hält«, sagte Ministerpräsident Michael Kretschmer. »Auch für uns als Staatsregierung ist das ein wichtiges Signal. Denn nur wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir die Infektionszahlen nach unten bringen. Es geht jetzt darum, die AHA-Regeln und Kontaktbeschränkungen konsequent einzuhalten, um die Pandemie weiter einzudämmen. Je verantwortungsvoller wir uns alle verhalten, umso größer sind die Erfolge Ende November«, so Kretschmer.

Danach sind 80 Prozent der Befragten der Auffassung, dass der in der Öffentlichkeit geltende Mindestabstand seine Berechtigung hat. 88 Prozent geben an, diesen auch einzuhalten. Nur 14 Prozent halten ihn für nicht gerechtfertigt. Die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasenbedeckung befürworten 74 Prozent der Sachsen. 93 Prozent setzen eine Maske auch konsequent auf. Nur vier Prozent der Sachsen geben an, dass sie sich nicht an die Tragepflicht halten.

Auch in Bezug auf die Kontaktbeschränkungen in der Öffentlichkeit und im privaten Umfeld sind sich die Sachsen zum größten Teil einig, dass diese sinnvoll sind. So halten 65 Prozent die Kontaktbeschränkung in der Öffentlichkeit für gerechtfertigt. 81 Prozent halten sich auch daran.

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

www.sk.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze
gilt: Bitte beim Pfortendienst
melden.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

Nur 24 Prozent finden die Beschränkung ungerechtfertigt – etwa die Hälfte davon (12 Prozent) hält sich auch nicht daran. Zum Schutz vor Infektionen und Ansteckungen befürworten 66 Prozenten der Befragten Kontaktbeschränkungen im Privatbereich. 81 Prozent geben an, sich daran zu halten. Ähnlich wie bei der Beschränkung in der Öffentlichkeit sind 25 Prozent der Meinung, dass diese Regelung nicht notwendig ist. Allerdings halten sich weiter weniger, nämlich nur 12 Prozent, nicht an diese Vorgabe.

Zudem wurden die Teilnehmer gefragt, wie sie zur Schließung bzw. zum Verbot von Einrichtungen und Angeboten stehen. Die größte Berechtigung hat laut den Befragten das Verbot von Volksfesten, Jahrmärkten und Weihnachtsmärkten (68 Prozent), gefolgt von der Schließung von Bars und Kneipen (56 Prozent). Auch jeweils eine absolute bzw. relative Mehrheit gibt an, dass das Verbot von Mannschaftssport im Freizeit- und Amateurbereich (51 Prozent) sowie die Schließung von Kinos, Theatern, Konzertsälen und anderen Kulturstätten (49 Prozent) berechtigt sind. Mehrheitlich für nicht gerechtfertigt wird von den Befragten die Schließung von Restaurants (61 Prozent) und Hotellerie und Beherbergungsbetrieben (57 Prozent) gesehen.

Geschäfte, Kindergärten und Schulen sowie Frisörbetriebe sollen nach überwiegender Mehrheit weiter geöffnet bleiben. Am höchsten ist der Anteil bei Geschäften mit 88 Prozent, gefolgt von Kindergärten und Schulen mit 77 Prozent. Das Offenhalten von Frisörbetrieben befürworten 69 Prozent.

Darüber hinaus wurde gefragt, wie die Staatsregierung handeln soll, wenn die Infektionszahlen bis Ende November merklich sinken, gleich hoch bleiben wie Anfang November oder sogar weiter steigen. Demnach würden 55 Prozent der Befragten die Maßnahmen zurücknehmen, wenn die Infektionszahlen bis Dezember merklich sinken. 30 Prozent wären in diesem Fall für ein Aufrechterhalten der Maßnahmen. Bei einem gleichbleibenden Infektionsgeschehen sind 42 Prozent dafür, dass die Maßnahmen beibehalten werden. 20 Prozent sind für Ausweitungen und 29 Prozent für die Rücknahme der Maßnahmen. Sollten die Infektionszahlen bis Ende November weiter steigen, stimmen 40 Prozent dafür, die Maßnahmen auszuweiten. 31 Prozent würden alles so lassen wie es ist. 20 Prozent der Befragten würden es sogar befürworten, die Maßnahmen zurückzunehmen.

Hintergrund:

Vom 5. November bis 12. November 2020 hat die INSA-CONSULERE GmbH im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei 1.032 Personen aus Sachsen ab 18 Jahren sowohl telefonisch als auch online dazu befragt.

Die Ergebnisse der INSA-Umfrage sind dieser Medieninformation als PDF-Datei beigefügt.

Medien:

Dokument: INSA-Umfrage